

# Politische Tagesübersicht.

Der bevorstehende Besuch von Molotov in Berlin. Am 26. Januar trifft der sowjetische Ministerpräsident und Außenminister Prof. Molotov in Berlin ein. Gegenstand der hier in Aussicht genommenen Besprechungen wird in erster Linie eine grundsätzliche Verhandlung über den Abschluss eines neuen Handelsvertrages und verschiedener damit im Zusammenhang stehender Fragen zwischen Deutschland und Litauen sein. Außerdem sollen weitere deutsch-litauische Abkommen verhandelt werden, deren baldiger Abschluss durch den Übergang der Staatshoheit über das Memelgebiet auf Litauen nötig geworden ist. Dierher gehören Abkommen über Grenzverlehrs, Fischerei, Wasserwirtschaft, Beamtensachen, Personen und Militärrenten. Endlich wird, wie bereits bekannt, auch die Frage des Abchlusses eines Handels- und Bergbauvertrages Gegenstand der bevorstehenden Besprechungen sein.

Der Fall der „Allgemeinen Zeitung“ in Dettich. Ein Berliner Blatt meldet aus Dettich, daß die seit drei Jahren dort erscheinende „Allgemeine Zeitung“, die angeblich dem Reichsbanner Schwarz-rot-Gold dienen wollte, aber eine sozialdemokratische Richtung eingeschlagen hat, keinen Erfolg gehabt hat, daß aber ihr Verleger Buchdrucker Wipser trotzdem ein lukratives Leben geführt habe. Dieser Umstand wird dadurch erklärt, daß Wipser von dem preussischen Handelsminister aus dem von ihm verwalteten Teil des Reichsfonds zur Unterhaltung der deutschen Grenzland-Zeitungen fortlaufend mit einer Gesamtsomme von rund 200.000 Mark subventioniert worden sei. In dieser Angelegenheit, die hinsichtlich auch zum Gegenstand einer Anfrage im Preussischen Landtag gemacht werden wird, erklärt das Nachrichtenbüro des Reichs, von amtlicher Seite, daß diese Zeitung aus Mitteln des preussischen Handelsministeriums oder aus solchen Mitteln, die dem Ministerium zur Verfügung stehen, keine Subvention erhalten hat. Dasselbe wird auch von Seiten der Reichskasse erklärt; auch diese kommt hierbei nicht in Frage.

Handelsvertrag zwischen Frankreich und der Schweiz. Frankreich und die Schweiz haben kürzlich einen Handelsvertrag miteinander abgeschlossen. Ueber Einzelheiten ist noch nichts bekannt, doch hat Frankreich der Schweiz sicherem Vernehmen nach beträchtliche Zugeständnisse in Fragen des Zolltarifs gemacht. Da uns der seinerzeit mit Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag die Weisheitsbegünstigung angebilligt hat, so werden wir rein automatisch aus den Bedingungen, die Frankreich der Schweiz eingeräumt hat, beträchtlichen Nutzen ziehen können.

Verurteilung rassistischer französischer Journalisten. Wegen Verleumdung von Militärpersonen wurde der Geschäftsführer der Humanität zu 2 Monaten Gefängnis, 200 Francs Geldstrafe und 5000 Francs Schadenersatz verurteilt. Wegen des gleichen Vergehens wurde der kommunistische Abgeordnete Gantier in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer eines kommunistischen Blattes in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe und zu Schadenersatz verurteilt.

Geheimniskolle Brände in Tokio. Die Agence Indopacifique berichtet aus Tokio über zwei geheimnisvolle Brände in den Räumen der Sowjet-Handelsdelegation in Tokio. Man vermutet Brandstiftung.

Neue Verhaftungen in der rumänischen Spionage-Angelegenheit. (Orient-Blatt.) Im Zusammenhang mit der kürzlich aufgedeckten Spionage-Angelegenheit hat die Polizei drei weitere ungarische Studenten in Klausenburg verhaftet.

Autras auf Rechtfertigung der Waldecker Wahlen. Die Waldecker Partei „Der Wirtschaftsbund“ hat gestern den Staatsgerichtshof in Leipzig angerufen wegen Rechtfertigung der Wahlen des Bundes Waldeck. Begründet wird der Antrag, der sich auf ein juristisches Gutachten der Reichslehre Prof. Osele (Frankfurt a. M.) und Prof. Krubi (Marburg) stützt, mit der ungenügenden und ungesetzlichen Streichung von Kandidaten des Wirtschaftsbundes durch den Wahlprüfungsausschuss.

Politische Schlägerel. Aus Nürnberg wird gemeldet: In einer im Saalbau Rosen gestern abend vom Landturn der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Nürnberg, eintretenden Versammlung, die sich gegen den Führer der Nürnberger Nationalsozialistischen Bundesarbeitsgruppen und Stadtrat Hauptlehrer Julius Streicher richtete, kam es zwischen Nationalsozialisten und Kandidaten Streichers zu großen Schlägereien. Eine Reihe von Versammlungsteilnehmern trug Verletzungen meist leichter Art davon. Einige Hauptbeteiligte, bei denen auch Waffen vorgefunden wurden, wurden von der Polizei amnestiert.

Eine Jungesellenfeier in Preußen? Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Hauptamts des Preussischen Landtages heute die Minister für die Professorenfrage ein. Die Gestaltung des Verordnungsgebotes, das beim Reichstag liegen, müsse abgewartet werden. In der Kreisratsfrage wolle er noch einmal beim Finanzminister versuchen, ob nicht eine bessere Regelung zu erzielen sei. Zum Schluß erklärte der Minister, es sei vielleicht die Einführung einer Zwecksteuer, a. D. einer Jungesellenfeier, zur Erzielung von Mehreinnahmen zu erwägen. Fortsetzung der Verhandlungen am Dienstag.

Der Gesandtschaftsminister gegen die Sozialisten. Wie aus Reichstagskreisen verlautet, sollen heute Dienstag die Beratungen der Parteien über einen Gesandtschaftsminister, der die Frage der Spitzelarbeiten behandelt, und zwar werden sich für diesen Gesandtschaftsminister voraussichtlich alle großen Parteien des Reichstags einstellen. Es sind bereits unverändliche Vorschläge ausgearbeitet worden. In diesen Vorschlägen ist u. a. vorgeschlagen, daß für jeden Wahlbezirk eines Wahlkreises gebildet werden kann, daß dieser Vorschlag so viel Unterzeichner Wahlberechtigter aus dem Wahlbezirk aufweist, wie die Hälfte der Stimmszahl beträgt, die zur Erzielung eines Mandats notwendig wäre. Weiter ist vorgeschlagen, daß für jeden Wahlbezirk eines Wahlkreises die Hinterlegung eines Gelddetrages gefordert werden kann.

Um den Zahlungsmodus für die ägyptische Reparationsabgabe. Die deutsch-französischen Verhandlungen über eine Abänderung des Zahlungsmodus für die ägyptische Reparationsabgabe nehmen einen normalen Verlauf. Man hofft, die Verhandlungen, die auf deutscher Seite von Geheimrat Doffe und Generalmajor von Döhlke geführt werden, im März zum Abschluß bringen zu können.

Der Reichsausschuss in der französischen Kammer. Die in parlamentarischen Kreisen mit so viel Ungeduld erwartete Aussprache über die finanzielle Lage Frankreichs wird heute Dienstag nachmittag in der Kammer eröffnet werden. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß die Diskussion sich auf rein akademische Gebiete erstrecken wird und glaubt nicht, daß der Regierung irgendwelche Gefahr drohe. Bis jetzt sind insgesamt 18 Interpellationen angemeldet. In nationalistischen Kreisen wird verkehrt, Poincaré sei entschlossen, die Aussprache auf rein finanziellen Gebiet zu halten, und werde deren Ueberartigen auf politisches Gebiet zu vermeiden wissen.

Große Militärparade in Mainz. — Starke Verkehrshörungen. Mit dem Aufgebot aller ihrer Truppenmacht veranstalteten die Franzosen gestern nachmittag ohne ersichtlichen Grund und ohne die Bevölkerung zu benachrichtigen eine Parade in einer der Hauptverkehrsstraßen, die jeglichen Verkehr auf dieser wie auch in den angrenzenden Straßen unterband. Wie verlautet, soll eine militärische Parade den Grund für dieses Massenaufgebot abgegeben haben. Während in den Lüften Schwärme von Geschwadern kreisten, zogen hundlang in endlosen Kolonnen Infanterie, Kavallerie, leichte und schwere Artillerie, Tanks, Schweißpanzer und sonstige technische Truppeneinheiten mit Musik und Fahnen an dem General vorüber, der inmitten eines großen Offiziersstabes und eskortiert von Panzertankern die Parade abnahm. Auch die abziehenden Truppen zogen noch lange peinliche Verkehrshörungen hervor, unter denen besonders der Postkraftwagen- und Straßenbahnverkehr zu leiden hatten.

Neue Verhängung der deutschen Verwaltungshoheit im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar für das besetzte Gebiet ihre Stellung zur Anwendung des Reichskriminalpolizeigesetzes von 1922 im besetzten Gebiet bekannt gegeben. Dabei werden die Vorbehalte und Einschränkungen gemacht, daß aus dem besetzten Gebiet keine Polizeibeamten oder Polizeioffiziere im besetzten Gebiet Aufträge ohne Mitwirkung von Beamten des besetzten Gebietes und ohne Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden ausführen dürfen. Die ausübenden deutschen Stellen im besetzten Gebiet seien für die Tätigkeit dieser Beamten verantwortlich. Ferner wird verlangt, daß der französische Behörden vorher über die Ankunft und den Ausmarsch der Beamten Mitteilung gemacht wird. — Diese Verfügung bedeutet einen neuen schweren Eingriff in die deutsche Verwaltungshoheit und verfolgt in erster Linie politische Zwecke. Ihre Durchsührung erschwert in hohem Maße die Bekämpfung des Landesverrats und der Fremdenlegionverbände, da die Franzosen nunmehr die Möglichkeit haben, Personen, die in ihren Diensten stehen, zu warnen und rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

## Landwirtschaftsfragen.

Berlin. (Funkpruch.) Die Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses, an denen auch Reichsfinanzminister Dr. Brüderer und Staatssekretär Dr. Popitz teilnahmen, wurden heute nach mehrstündiger Dauer unterbrochen. Sie sollen, wie das Nachrichtenbüro des Reichs, am Nachmittag fortgesetzt werden. Inzwischen sollen noch einige notwendige Voraussetzungen für die Erfüllung der von den Regierungsparteien gestern formulierten Wünsche geklärt werden.

Wie wir erfahren, haben die heutigen Vormittags-Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses zu einer gewissen Uebereinstimmung in den die Landwirtschaft betreffenden Steuerfragen geführt. Dagegen ist es noch nicht gelungen, eine Einigung in der Kredit- und Zinsfrage zu erzielen. Das Reichsfinanzministerium hat für die Rentenbankkredite keine Einwilligung zu einer Ermäßigung um die Hälfte der Zinssätze erklärt. Die Forderungen der Landwirtschaft gehen jedoch auf den vollen Erlaß hinaus.

Zur weiteren Klärung dieser Fragen ist für heute nachmittag 4 Uhr eine neue Sitzung in größerem Kreise anberaumt worden und zwar werden daran teilnehmen der interfraktionelle Ausschuss, der Reichsfinanzminister, der Ernährungsminister, der preussische Landwirtschaftsminister, Vertreter der Rentenbank und der Preussenkasse. Man hofft, daß es bei diesen Verhandlungen, bei denen auch die zuständigen Bankinstitute ihre Auffassungen über die Möglichkeiten der Erleichterungen darlegen werden, gelingen wird, der Lösung dieser für die Landwirtschaft so außerordentlich wichtigen Probleme näherzukommen.

Berlin. (Funkpruch.) Die Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses heute Dienstag vormittag haben wenigstens in einem Punkte bereits zu einem Ergebnis geführt. Der Reichsfinanzminister gab nämlich, wie das Nachrichtenbüro des Reichs, die Zusicherung, daß die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer durch Rahmengesetze für diejenigen Landwirte, die keine Häuser führen, also die kleineren Betriebe, in ihren Absätzen wie auch in den Vorauszahlungen der Abgaben der Landwirte angepaßt werden sollen. Ferner versprach der Minister die Niederschlagung der Pläne für Steuererhöhungen. Bei Plandungen, die sich trotzdem nicht umgehen lassen, soll für die Beachtung der Bestimmungen gewirkt werden, die eine Störung des Betriebes verhindern sollen.

## Der Haushaltsauswurf des Reichstags

sehte heute die Einzelsprache über den Haushalt des Reichstags am 1. April.

Abg. Stöcker (Komm.) fragte nach den Waffentransporten, insbes. für China.

Reichsankenminister Dr. Stresemann erklärte, die Prüfung der Angelegenheit sei noch nicht abgeschlossen, sie werde weiter gefördert.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erklärte Reichsankenminister Dr. Stresemann, der inzwischen Gelegenheit gehabt hatte, sich mit der Reichsmarineleitung in Verbindung zu setzen, folgendes: Das auswärtige Amt hat von der Marineleitung die förmliche Erklärung erhalten, daß keine Reichsmarineleitung irgend etwas mit der Waffenlieferung an China zu tun hätte.

Darum wurde eine deutsch-nationale Entschlieung angenommen.

# Dr. Held über die Vändertkonferenz.

München. Ministerpräsident Dr. Held empfing die Vertreter der bayrischen und außerbayrischen reichsdeutschen Presse, um ihnen ein Bild des Verlaufs und der Ergebnisse der Vändertkonferenz in Berlin zu geben. Nach den Darlegungen des Ministerpräsidenten sieht man in Bayern die wichtigsten Ergebnisse der Vändertkonferenz darin, daß die Vändertkonferenz über die Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung der Weimarer Verfassung einig geworden seien, wenn auch über den Weg dieser Veränderung auf der Konferenz keine Einmütigkeit bestand habe, und daß die Vändertkonferenz Teillösungen als absolut unumvermeidlich erachtete und damit sowohl den Weg der Uebernahme einzelner Verwaltungsbereiche der Länder auf das Reich und den Gedanken der Bildung von Reichsländern abgelehnt habe. Schließlich habe der Verlauf der Konferenz auch mit dem Schlagwort ausgedrückt, daß der Einheitsstaat höherer Arbeit als der Bundesstaat. Eine brauchbare Gesamtlösung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern sei nach bayrischer Auffassung nur dann zu erreichen, wenn das Problem des Verhältnisses zwischen Reich und Reich in angemessener Weise gelöst werde. Dabei betont man, daß die Verhältnisse von 1871 sich auf die heutige Zeit nicht übertragen lassen. Bayern werde an der weiteren Erörterung des Problems „Einheitsstaat oder Bundesstaat?“ teilnehmen, halte jedoch daran fest, daß eine gewalttätige Lösung dieses Problems, wie vom Ministerpräsidenten auf der Vändertkonferenz selbst betont worden sei, unmöglich in der Richtung zum Einheitsstaat liege und ausgeschlossen bleiben müsse.

## Entschlieung

### der deutschen Nationalsozialisten.

Prag, 23. Januar. Die Gesamtleitung der deutschen Nationalsozialisten hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig eine Entschlieung angenommen, in der es heißt: Die Partei weist die Aenderungen des Präsidenten Marasch zurück, daß es die Aufgabe des deutschen Volkes sei, sich in verschiedenen Staaten auszuwirken. Die natürliche Bestimmung eines jeden Volkes ist es, sich in einem nationalen Einheitsstaat auszuwirken. Die Partei nimmt auch für das deutsche Volk dieses Recht in Anspruch. Die ungelöste nationale Frage steht im Mittelpunkt des politischen Kampfes, und der tschechoslowakische Staat erfüllt den nichtdeutschen Völkern gegenüber nicht einmal die in den Friedensverträgen vorgezeichneten Bestimmungen des Völkervertrages.

Zur Frage der Einigungsbestrebungen im deutschen Lager erklärt die Parteileitung: Die deutschen Nationalsozialisten erachten die Bereicherung des deutschen Volkes in Klassenfronten und Interessengruppen für schädlich und sehen sowohl in der Grünen und Schwarzen Koalition als auch in der Roten Internationale das schwerste Hemmnis eines erfolgreichen und beschleunigten Strebens nach grundsätzlicher nationaler Anerkennung und Gleichberechtigung.

## Vom Vatikan.

Vat. Das Kardinalkollegium besteht zu Beginn des Jahres 1928 aus 66 Mitgliedern. Daron gehören 33 der italienischen und 33 den übrigen Nationen an. Letztere verteilen sich auf folgende Länder: Frankreich 7, Spanien 5, Deutschland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika je 4, Oesterreich, Polen und England je 2, Ungarn, Tschechoslowakei, Belgien, Niederlande, Portugal, Kanada und Brasilien je einen. Die Kurie unterhält 32 diplomatische Missionen, und zwar 21 Nuntiaturen und 11 Internuntiaturen. Außer den genannten diplomatischen Vertretungen sind noch 18 apostolische Delegationen in der Welt tätig, die wesentlich die Pflege der Beziehungen zum einheimischen Episcopat bezwecken. In der Nachkriegszeit wurden solche Delegationen auf den Antillen, in Südafrika, Albanien, China, Japan und Indochina errichtet.

## Neubestellungen

auf das in allen Schichten der Einwohnerschaft von Reich und Umgegend gern gelesene Messer Tageblatt zum Bezug nehmen jederzeit entgegen für

- Hobert: P. Förster, Hobert Nr. 67
- Glabitz: Frau Doffe Nr. 8
- Gohlis: J. verm. Schreier, Nr. 54 b
- Großa: A. Gaudbold, Streblach Nr. 17
- M. Heidenreich, Allee Nr. 4
- M. Kulle, Kirchh. 19
- D. Nibel, Döbber Str. 2
- Großa: Frau M. Hofmann, Moritz
- Jahnishausen-Böhlen: G. Steinberg, Paus Nr. 3
- Kalbin: G. Steinberg, Paus Nr. 3
- Langerberg: Otto Scheuer, Wäckermeister
- Leutewitz bei Riesa: M. Rehle, Nr. 3
- Mergsdorf: J. Straube, Popp Nr. 14 b
- Mergsdorf: D. Thiele, Grob, Döbber Str. 10
- Moritz: Frau M. Hofmann
- Nieda: G. Steinberg, Paus Nr. 3
- Nieda: G. Steinberg, Reichner Str. 11
- Oelitz: M. Schwarze, Nr. 41
- Paus: M. Schwarze, Döbber Nr. 41
- Poppitz bei Riesa: J. Straube, Nr. 14 b
- Praunitz: G. Steinberg, Paus Nr. 3
- Riesa: Alle Zeitungsträger und zur Vermittlung an diese die Tagesblatt-Geschäftsstelle Goethestr. 20 (Telefon Nr. 20)
- Röderau: M. Schöne, Grund Nr. 10
- Sagert: Frau Doffe, Glabitz Nr. 8
- Scherben: G. Steinberg, Paus Nr. 3
- Weiß (Hst.): Fr. Kluge, Lange Str. 115
- Weiß (Neu): H. Vöge, Lange Str. 20
- Weißhain-Dorf: G. Gaudbold, Kirchh. 13
- Weißhain-Dorf: Richard Schönb. Buchhändler